

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei voller Zahlung ins Haus für Groß-Berlin 10.— M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen Deutsche Verhältnisse Bestellungen entgegen. Unter Berücksichtigung der Deutsche Post und Österreich 18.— M. für das deutsche Ausland 24.50 M. zuzüglich Post- und Nachschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 16.— M. Werk. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 36b.

Die achtspaltige Anzeigenzeile ober dem Namen kostet 5.— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kostende Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Stellen-Befuche 2.20 M. netto pro Zeile. Stellen-Befuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Botschafterkonferenz in Washington

Unsichere Lage

Herr Briand hat gestern wieder eine jener Reden gehalten, die auf die Zustimmung seiner nationalistischen Kammer berechnet sind und die sie ja auch gefunden hat. Aber so völlig unerschütterlich auch die feste Klingel, so steht die Entscheidung jetzt nicht mehr allein bei der französischen Regierung. Was Briand aber über die Haltung der Vereinigten Staaten sagte, ist nicht sehr ausschlüssig. Es entspricht nur dem diplomatischen Brauch, wenn die Vereinigten Staaten sich vorher vergewissern, welche Aufnahme ihr Angebot bei den alliierten Mächten finden würde. Jedenfalls hat der amerikanische Präsident den ersten vorbereitenden Schritt unternommen, indem er mit den Botschaftern der alliierten Mächte die deutsch-französischen Besprechungen hat. Und es ist immerhin trotz des französischen Widerstandes das Wahrscheinlichste, daß die amerikanische Regierung zunächst weitere Versuche machen wird, um neue Verhandlungen herbeizuführen. Es heißt auch, daß bereits Rückfragen der amerikanischen Regierung unterwegs sind, die Vorschläge enthalten, um das deutsche Angebot in dem einen oder anderen Punkte abzuändern. Alles läßt dann darauf an, daß die deutsche Regierung ihrerseits diese Versuche erleichtert und ein neues Scheitern vermeidet.

Man muß aber betonen, daß alle diese Nachrichten vorläufig ohne offizielle Bestätigung sind. Auch die Londoner Regierungskreise verhalten sich außerordentlich zurückhaltend, aber man vermeidet es auch, die neue Möglichkeit zu Verhandlungen zu gelangen, von vornherein zu verhindern, wie das die französische Regierung versucht. Jedenfalls ist die Lage auch heute noch ganz unsicher.

Konferenz der alliierten Botschafter in Washington

Washington, 26. April. (Reuter.)

Hughes hat die Botschafter der alliierten Mächte nach Empfang der deutschen Vorschläge eingeladen, mit ihm im Staatsdepartement zusammen zu kommen. Es wurde erklärt, daß der Zweck der Konferenz eine informelle Besprechung der deutschen Note sei, aber in keiner Weise die diplomatische Übermittlung des deutschen Angebots durch die Regierung der Vereinigten Staaten.

(Reuter.) Washington, 26. April.

Nach Empfang der deutschen Gegenvorschläge haben sich auf die Einladung des Staatssekretärs Hughes hin die Botschafter Frankreichs, Englands, Italiens und Japans im Staatsdepartement begeben. Die alliierten Diplomaten wurden davon in Kenntnis gesetzt, daß die Vereinigten Staaten zuerst die Ansicht der Alliierten bezüglich der deutschen Gegenvorschläge hören wollten, bevor sie Deutschland antworten.

Paris, 27. April.

Havas ist in der Lage, mit Bestimmtheit zu versichern, daß die amerikanische Regierung nach Kenntnisnahme der neuen deutschen Vorschläge erneut ihre Absicht bestätigt hat, weiterhin die Stellungnahme zu wahren, wie sie gestern nachmittag Briand im Senat kargelegt hat; die Vereinigten Staaten würden keinen Schritt unternehmen, ohne sich vorher vergewissert zu haben, daß er den Verhandlungsregierungen angenehm wäre.

Amerikanische Abänderungsvorschläge?

T. U. Paris, 28. April.

Die Washingtoner Regierung hat die deutsche Regierung bereits verständigt, Änderungen in den Vorschlägen vorzunehmen. Dr. Simons hat dem zugestimmt. Washington wies darauf hin, daß eine vierprozentige Verzinsung der internationalen Anleihe zu niedrig sei. Die amerikanische Regierung sei gewillt, über eine höhere Zinsrate zu verhandeln. Dadurch, daß die Vereinigten Staaten und alle Alliierten jede Änderung versuchen, um die Wiedergutmachungsfrage ohne Verzögerung zu regeln, erwartet man, daß Frankreich das neue Angebot der deutschen Regierung günstig beurteilen wird.

Der Eindruck der Note in England

E. E. London, 27. April.

Reuter veröffentlicht eine Note, in der es heißt: obwohl Keiser-Inf. offiziellen Communiqués über die neuen deutschen Vorschläge vorliegen, glaubt man, daß die Note einen ausgezeichneten Eindruck in Regierungskreisen hervorgerufen habe.

"Daily Chronicle", das Blatt Lord Georges, schreibt heute, die neue deutsche Note ist sicherlich ein viel weniger unmöglicheres Dokument, als die vorangegangenen. Wir ziehen vor, unsere Meinung erst zu sagen, wenn wir die Zeit gehabt haben werden, diese Note gründlich zu prüfen, aber es ist klar, daß die Furcht vor der Besetzung des Ruhrgebietes bei der deutschen Regierung größere Reue hervorruft, als irgend ein Appell an die Gerechtigkeit, wenn Deutschland dies vermocht hätte, und die auch die Gerechtigkeit nie hätte herbeiführen können. Wenn Deutsch-

land dieses Angebot jetzt macht, so hätte es dies vielleicht auch einige Monate früher machen können. Es zeigt sich, daß die Stärke das einzige Argument ist, vor dem Deutschland Respekt hat.

Ablehnung in der Pariser Presse

E. E. Paris, 27. April.

Die französische bürgerliche Presse ist einstimmig in der Ablehnung der deutschen Vorschläge. Der "Matin" erklärt, daß Frankreich nach ihm im besten Falle 25 Milliarden Goldmark erhalten würde, also gerade ein Viertel seines Guthabens. Das Blatt gibt der Hoffnung Ausdruck, daß keiner der Alliierten auf der Londoner Konferenz dafür einstehen werde, daß Frankreich von neuem ein Drittel seiner Forderungen aufgeben werde, die ihm das Abkommen von Paris zusichern.

"Echo de Paris" ist überzeugt, daß die Vereinigten Staaten die Berliner Note offiziell nicht den Alliierten mitteilen werden. Sie sei bereits ins Wasser gefallen.

"Zeit Parisien" erklärt, daß man auch auf die neuen deutschen Vorschläge die Erklärung Lord Georges vom 3. März 1921 anwenden könne, nämlich, daß sie kein Anlaß zu neuen Verhandlungen gäben. Deutschland biete allerdings 20 Milliarden an, vergesse aber, daß die Pariser Konferenz die Einführung einer 12 prozentigen Ausfuhrsteuer forderte. Es sei auch nicht wahrscheinlich, daß Harding diese Erklärungen Deutschlands weiter leiten werde. Allerdings biete Deutschland seine Mitarbeit in den zerstörten Gebieten an. Aber dieses Angebot lasse sich nicht in Ziffern umrechnen, und es sei nicht ohne weitere Erklärungen annehmbar. Die Interessen der französischen Produktion dürften ihm nicht gesopft werden. Aber selbst wenn dieses Anerbieten durchgeführt werden würde, so könnte es nicht dazu führen, daß die im Abkommen von Paris geforderten Ziffern erreicht würden.

Im "Journal" wird ausgeführt, daß die deutschen Vorschläge vollständig unzulänglich seien und daß sie keinen Anlaß zu neuen Verhandlungen gäben. Deutschland biete allerdings 20 Milliarden an, vergesse aber, daß die Pariser Konferenz die Einführung einer 12 prozentigen Ausfuhrsteuer forderte. Es sei auch nicht wahrscheinlich, daß Harding diese Erklärungen Deutschlands weiter leiten werde. Allerdings biete Deutschland seine Mitarbeit in den zerstörten Gebieten an. Aber dieses Angebot lasse sich nicht in Ziffern umrechnen, und es sei nicht ohne weitere Erklärungen annehmbar. Die Interessen der französischen Produktion dürften ihm nicht gesopft werden. Aber selbst wenn dieses Anerbieten durchgeführt werden würde, so könnte es nicht dazu führen, daß die im Abkommen von Paris geforderten Ziffern erreicht würden.

Als größtes Bedenken gegen das deutsche Angebot hebt das "Journal", wie eine Reihe anderer Blätter, hervor, daß Deutschland nicht nur seine neuen Forderungen anbiete, sondern sogar versuche, daß die elementaren Garantien, die im Versailler Vertrag niedergelegt sind, verschwinden. Dadurch werde die Londoner Konferenz außerordentlich erleichtert werden.

Die Ausbringung der Wiedergutmachungsgelder

London, 26. April.

In Erwiderung auf eine Anfrage im Unterhause fragte Harmsworth, es sei ihm nichts davon bekannt, daß Frankreich bei Österreich einen Schritt unternommen habe, um es zu veranlassen, auf die deutsche Einfuhr eine Steuer zu legen. Auf eine weitere Frage, ob die Alliierten vorgeschlagen oder die Möglichkeit erwogen hätten, Deutschland zum Verkauf eines Teiles seiner Kunstschätze nach Amerika oder irgendeinem anderen Lande zu veranlassen, um sich Geld für die Reparationszahlungen zu beschaffen, erwiderte ein Vertreter des Schatzamtes, seines Wissens sei ein solcher Vorschlag bisher nicht in Erwägung gezogen worden.

Die Rede Briands

Zum Schluß seiner Rede in der französischen Kammer führte Briand aus: Wir wissen durch den Ton der Presse, daß Deutschland sich weigert, unter den Vorbedingungen die Entlassung vorzunehmen und warum Deutschland sich geweigert hat, die militärischen Organisationen nach Ablauf der Fristen aufzulösen. Die Entlassung hängt nicht von finanziellen Unmöglichkeiten ab, sondern lediglich vom guten Willen. Die Tatsache, daß dieser Wille sich nicht gezeigt hat, macht uns zur Pflicht, zu erklären, daß Deutschland schlechten Willens gewesen ist. Ich habe die verantwortungsvolle Ehre, die französische Regierung zu vertreten. Ich bin konstant, aber ich kann nicht der brutalen Tatsache für die Zukunft mich gegenüberstellen.

Briand spricht weiter davon, daß Deutschland keine Maßnahmen getroffen habe, um die fälligen Zahlungen zu leisten. Alles das muß Ende April in Betracht gezogen werden, und er sei sicher, daß er bei den Alliierten nicht die geringsten Schwankungen feststellen werde, wenn es sich darum handele, den Franzosen die Mittel zu geben, um sich bezahlt zu machen. Das dürfe man mit Nachdruck verlangen und er sei davon überzeugt, daß man nicht nur Zustimmung finden, sondern auch die Unterstützung der Alliierten erlangen werde. Im Vertrauen der Unterfertigung der Regierung zu den Verhandlungen am 30. April gehen.

Die Sitzung nahm dann den von uns bereits geschilderten Verlauf.

Russisch-türkische Verbrüderung

(Havas.) Konstantinopel, 26. April.

Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten in Kastaun richtete an Kemal Pascha eine Botschaft, worin er ihm erklärte, die russische Arbeiterschaft verfolge den Kampf des türkischen Volkes zur Verteidigung seines nationalen Bestandes mit tiefer Anteilnahme. Die Botschaft kündigt zum Schluß noch an, daß die russischen sozialistischen Arbeiterräte den Betrag von 30 000 Goldrubel aufgebracht haben, um das Los der so hart mitgenommenen Arbeiter Anatoliens zu mildern. Mustafa Kemal übermittelte seinen wärmsten Dank und teilte mit, daß diese Summe dem anatolischen Roten Halbmonde überwiesen werden wird.

Arbeitsprobleme der Bauwirtschaft

Von gutunterrichteter Seite wird uns geschrieben: Selbst bei Voraussetzung einer gemeinwirtschaftlichen Regelung im Bau- und Wohnungsweisen und bei der Sicherstellung, der zur Deckung des Neubaubedarfs erforderlichen Geldquelle, werden die vorhandenen Geldmittel nicht reichlich, sondern knapp fließen und bedürfen daher einer bis aufs äußerste angepannten systematischen und vernünftigen Verwendung, mit anderen Worten, sie müssen gestreckt werden. Dazu ist es erforderlich, eine sachgemäße Einschaltung der Hand- und Kopfarbeiter in den Arbeitsprozeß herbeizuführen. Dies kann und muß der Fall sein, einmal für die Gesamtheit des Betriebes, ein anderes Mal für die einzelne Person.

Als Betriebseinheit kann eine planvolle Bewertung der verfügbaren Mittel herbeigeführt werden dadurch, daß gemeinwirtschaftliche Betriebe für die Bauausführung, Baustoffherstellung und Anfertigung von Bauteilen die ideale Anteilnahme sowohl der Hand- wie der Kopfarbeiter steigern, und durch die Steigerung der Selbstverantwortung eine verstärkte Arbeitsleistung herbeiführen. Es ist ein unerträglicher Gedanke, daß weiterhin mit den Mitteln der Allgemeinheit so gewirtschaftet wird, wie es bisher der Fall war, und daß die privaten Bauunternehmungen, die ihrer Anlage nach auf spekulativen Gewinn hinarbeiten müssen, auch wenn der einzelne diese Absicht gar nicht hätte, einen großen Teil der öffentlichen Gelder für unproduktive Zwecke beanspruchen.

Selbst bei objektiver Beurteilung und bei Außerachtlassung lediglich der Submissionsergebnisse der sozialen Baubetriebe und Produktivgesellschaften auf der einen Seite, und der Privatbaubetriebe auf der anderen Seite, liegen so zahlreiche und handgreifliche Beweise vor, daß gemeinwirtschaftliche Baubetriebe billiger arbeiten als Privatbaubetriebe, daß man nunmehr mit bestehenden Tatsachen zugunsten der Gemeinwirtschaft rechnen kann. Aber auch die bloße Einschaltung der Konkurrenz der sozialen Baubetriebe hat bereits erhebliche Vorteile für die Allgemeinheit im Gefolge gehabt. Die private Bauunternehmung hat es sich selbst zuguschrieben, wenn man ihre Mitarbeit an einem etwaigen gesteigerten Bauprogramm ablehnen oder auf ein Mindestmaß beschränken muß. Sie hat dies selbst verschuldet, da sie unter sich eine freie Konkurrenz ausschaltete und durch Geheimabmachungen auf Kosten der Bauherrn, die ja heute fast ausschließlich öffentliche Bauherrn sind, vorher bestimmten Firmen die Ausführung und Erteilung des Auftrages zusicherte. Man nennt dies "Submissionsschadenversicherung".

Weiter gilt es nun, den einzelnen an die für ihn geeignete Stelle im gesamten Arbeitsprozeß zu bringen. Nur durch das Zusammenwirken dieser beiden Triebfedern ist eine wesentliche Steigerung der Arbeitsleistung und infolgedessen eine Steigerung der Produktion möglich. Beide bedingen einander. Die Einschaltung des Menschen, selbst in dieser verbesserten Form, allein genügt jedoch noch nicht. Es handelt sich weiter darum, die technischen Betriebsarten und Arbeitsvorgänge zu verbessern, und zwar durch Vervollkommnung der Geräte und durch vereinfachte Erzeugung von Bauteilen in der Werkstatt und in der Fabrik. Dazu kommt besonders für die Kopfarbeiter eine Rationalisierung des Bureaubetriebes. Alle diese Dinge bilden eine Einheit und man kann an ihnen nicht vorübergehen mit dem Hinweis: Es wäre alles sehr schön und gut im Baugewerbe, man hätte die vorhandenen Geschäftskräfte so lange schon ausprobiert, daß eine Verbesserung nicht möglich wäre.

Die Verbesserung des Betriebes in ideeller und materieller Beziehung und die Rationalisierung des Arbeitsprozesses können zwar eine Verbilligung der Neubautätigkeit herbeiführen, aber noch keine ausschlaggebende. Der andere Hebel, welcher angelegt werden muß, heißt Einschaltung eigener Erzeugung von Bauteilen und von Rohstoffen. Mit anderen Worten, das Prinzip eines gemeinwirtschaftlichen Baubetriebes ist zu übertragen auf die Verarbeitungs- und Rohstoffbetriebe im Baugewerbe, und weiterhin ist dieses Prinzip folgerichtig zu ergänzen dadurch, daß man den Konsumenten gleichzeitig zum eigenen Produzenten macht.

In der Baustoffindustrie liegen besonders komplizierte Verhältnisse insofern vor, weil sie in entscheidender Weise abhängig ist von einer wirtschaftlichen Verwendung der Kohle. Eine Sicherheit hierfür ist durch die bisherigen Maßnahmen weder von behördlicher Seite, noch von seiten der Industrie gegeben. Eine Stilllegungsfaktion von Baustoffwerken, die darauf abzielen würde, nur die leistungsfähigsten Werke arbeiten zu lassen, ist zwar denkbar, sie darf aber nicht durchgeführt werden von den Syndikaten oder, wie es so beschönigend heißt, von den Fachverbänden. Ohne Weibung kann eine solche Umstellung auch nur erzielt werden unter eifrigster Anteilnahme der Arbeiterschaft und unter Garantien, daß die in den Industrien investierten oder zu investierenden Kapitalien nicht eine spätere Belastung der Allgemeinheit und damit keine Verbesserung, wohl aber eine Beeinträchtigung der Neubautätigkeit herbeiführen.

Alle diese Vorgänge sind im Rahmen einer gemeinwirtschaftlichen Regelung des Bau- und Wohnungswesens von ausschlaggebender Bedeutung. Sie werden produktivste Neuwerte aber nur schaffen können, wenn sie in ihrer Gesamtheit in klarer Abwägung ihrer Bedeutung gemeinsam wirksam werden.

Die Nationalputzschiffen

In der „Deutschen Tageszeitung“ ist vor einigen Wochen, kurz nach dem kommunistischen Märzputsch, ein sogenannter „Aktionsplan“ veröffentlicht worden. Die „Deutsche Tageszeitung“ behauptete, dieser Plan sei von der „obersten Kampfleitung“ der K. P. D. ausgearbeitet worden als Grundlage für die neue Aktion. Im Preussischen Landtag hat darauf Minister Severing diesen angeblichen Putzschiffplan gründlich zerlegt und mit Recht betont, daß die Verfasser derartiger Pläne ins Zrennhaus gehören. Das hindert die „Deutsche Zeitung“ nicht, ihren Lesern diesen Putzschiffplan jetzt noch einmal als große Neuigkeit vorzulegen. Der Plan ist im Bureau des Chefs der Heeresleitung, Herr General von Seel, ausgearbeitet und von diesem eigenhändig unterschrieben worden. Dann hat er seinen Weg zur „Deutschen Tageszeitung“, und als er hier seine Wirkung verfehlte, zur „Deutschen Zeitung“ gefunden. Die Reichswehr leidet anscheinend nach Lorbeer. Da es der Karren in Deutschland noch recht viel gibt, ist es immerhin möglich, daß der eine oder der andere auf den militärisch-deutschnationalen Schwindel hereinfällt.

In Wittenberg a. E. ist vor einigen Tagen der Parteileitende der Deutschnationalen Volkspartei verhaftet worden. In der deutschnationalen Presse erhob sich darüber ein riesiges Enttäuschungsgeheul. Wie jetzt festgestellt worden ist, hat dieser Parteileitende, Wollschläger mit Namen, sich falsche Papiere verschafft. Er hat sich als Ploniersleutnant ausgegeben und Führung mit den Mannschaften und Offizieren der Sippe zu nehmen gesucht, um ihre Bereitwilligkeit für einen Rechtsputsch festzustellen. Nach seiner Festnahme erklärte er, daß er im Auftrag der Deutschnationalen Volkspartei gehandelt habe. Weiterhin hat er erklärt, in Wittenberg bestände ein geheimes Freikorps zum Schutze des Bürgerturns, das über Maschinengewehre und Minenwerfer verfüge. Sprengstoffe, Waffen und Munition seien im Turm der Kaserne vermauert.

Da kaum anzunehmen ist, daß der Verhaftete bei seiner Vernehmung gelogen hat, steht fest, daß die Deutschnationalen Volkspartei sich mit dem Gedanken eines neuen Rechtsputsches trägt. Um ihr Vorgehen zu verschleiern, veröffentlicht sie die auf Besatz und gegen Bezahlung angefertigten gefälschten Putzschiffpläne der Kommunisten. Der Zweck ist, die Deffektivität irreführend, damit der Schlag überraschend und sicher geführt werden kann.

Viel Lärm um nichts

Die gestrige Reichstagsrede des Außenministers wird von der Berliner Morgenpresse im allgemeinen mit Zurückhaltung aufgenommen. Die demokratischen Blätter sind mit ihm zufrieden, die deutschnationalen Organe wiederholen ihren Bierwitz, daß die neuen Vorschläge von „nationaler Würdelosigkeit“ getragen seien. Nur die „Germania“, das führende Blatt der Zentrumspartei, fällt heftig über Herrn Dr. Simons her, weil er sie gestern beschuldigt habe, durch Indiskretionen die Inanspruchnahme einer anderen neutralen Macht als Amerika verhindert zu haben. Dieser Vorwurf sei ebenso unbegründet wie ungeheuerlich. Das Blatt teilt nun mit, was man vorher schon in den anderen Blättern hätte lesen können, daß diese Macht die römische Kurie gewesen ist und es sagt demgegenüber, daß andere Organe mit ganz eindeutigen Meldungen über eine „päpstliche Vermittlung“ den Mitteilungen der „Germania“ vorangegangen seien. Die Notiz des Blattes, die das Außenministerium zu energischerem Handeln in der Wiedergutmachungsfrage drängen wollte, sei erst zu einer Zeit veröffentlicht worden, in der die Note Deutschlands, die der Vatikan weitergeben sollte, bereits in Rom war. Diese Notiz hätte bei der Ablehnung gar keine Rolle gespielt. Das Blatt sagt schließlich:

Wir sind ebenso authentisch über die Gründe unterrichtet, aus denen der vom Vatikan angebotene Schritt unterblieb. Die

Stunde, darüber zu sprechen, erscheint uns noch nicht gekommen. Da aber der Außenminister angekündigt hat, die Frage weiter zu verfolgen, „um festzustellen, wie es kommt, daß wir in Deutschland keine Politik mehr treiben können, ohne daß jemand da ist, der uns Knüppel zwischen dieäder wirft“, so wird sich ja die Gelegenheit dazu finden müssen. Uns kann es nur recht sein, wenn man die „Strafaktion wegen Landesverrats“ gegen uns einleitet, denn sie wird unserer festen Überzeugung nach mit dem Ergebnis endigen, daß festgestellt wird, wie sehr die Schuld der „Germania“ am Scheitern der vatikanischen Aktion nicht mehr als eine Geistesart war, deren man sich in der augenblicklichen politischen Lage mit Nutzen glaubte bedienen zu können.

Bemerkenswert ist, daß das führende Blatt einer Regierungspartei sich so heftig gegen den Leiter der Außenpolitik der Regierung wendet. Uns könnte es nur recht sein, wenn durch das gegen die „Germania“ angekündigte Verfahren hinter die Kulissen der Geheimdiplomatie geleuchtet werden würde. Aber es ist ohne weiteres anzunehmen, daß es schließlich heißen wird: Viel Lärm um nichts.

An die Wand mit ihm!

Die „Post“, die seit einiger Zeit ein letztes Unterkommen beim Schwerindustriellen Scherl-Berlag gefunden hat, beginnt ihre Besprechung der gestrigen Sitzung in folgender Weise:

„Simons kann Gott danken, daß er einen so rührend gutherzigen Chef hat; Nehrenbach weiß selbst am besten, wie schwer es ist, staatsmännische Intelligenz auszubringen, und so versteht und verzehlt er alles. Unter Clemenceau wäre ein Simons wegen staatsgefährlicher Harmlosigkeit an die Wand gestellt worden. In Berlin ist er davor sicher. In Berlin ruhen im Reichstage die Regierungsparteien sogar Bravo, nachdem er ihnen den vollständigen Bankrott seiner Geschäftsführung ausinandergesetzt hat. Auch das wäre wohl in keinem anderen Lande der Welt auch nur denkbar.“

Es ist zwar nur irgendein deutschnationaler Tintenschwanz, der das, was er Geist nennt, in dieser Weise strapaziert. Aber bezeichnend für die Verklumpung der rechtsstehenden Presse ist es immerhin, daß in ihren Spalten einem bürgerlichen Minister einer bürgerlichen Regierung mit dem Erschießen gedroht wird, weil er nicht ganz nach der deutschnationalen Pfeife tanzen will.

Die Kriegsverbrecher

Zeugenernehmungen in London

Ende Mai sollen in Leipzig die ersten Verhandlungen gegen deutsche Kriegsverbrecher stattfinden. Die Anklage wird erhoben auf Grund von Befehlsurteilen, die die alliierten Mächte erhoben haben. Da die meisten Zeugen sich in England oder Frankreich befinden, und an dem Prozeß in Leipzig nicht teilnehmen können, werden diese Zeugen unter dem Beistand deutscher Richter und Rechtsanwältinnen in ihren Heimatorten eidlich vernommen. Eine solche Vernehmung hat gestern vor dem Volksgericht in London stattgefunden. Zur Verhandlung kam der Fall des Hauptmanns der Reserve Müller, der 1918 Kommandant des Gefangenenlagers Flavigny-Marteil in Frankreich war und beschuldigt wird, Gefangene mißhandelt zu haben. Es wurden im ganzen 13 Zeugen vernommen, deren Aussagen bei der Verhandlung in Leipzig verwertet werden sollen. Von deutscher Seite nahmen an den Verhandlungen der Reichsanwalt Dr. Feisenberger, als Vertreter der deutschen Regierung, und die Rechtsanwältinnen Dr. Schröder und Dr. Winow Müller als Verteidiger des Beschuldigten teil. Dr. Schröder soll nach der Verhandlung Gegenstand einer feindseligen Rundgebung gewesen sein.

Bersekung des Horthy-Regimes

Angst vor der Arbeiterschaft

Seit dem mißglückten Staatsstreichversuch Karls von Habsburg nehmen die Zwistigkeiten innerhalb der ungarischen Regierungsparteien immer größeren Umfang an. Die Legationisten, die ihren Anhang und Einfluß immer mehr schwinden sehen, richten jetzt verzweifelte Angriffe sogar gegen Horthy, den sie beschuldigen, egoistische Interessen zu verfolgen. In der Nationalversammlung verkehrt kaum eine Sitzung, ohne daß sich die feindseligen Brüder gegenseitig ihr Sündenregister vorhalten, wobei die erbaulichsten Geschichten ans Tageslicht kommen. Korruptionsaffären von ungeheurem Ausmaß werden aufgedeckt und real-

tionäre Parteiführer, die nicht laut genug ihre „Hellsche“ Genüßung verkünden können, entpuppen sich als Hochstapler oder polli sche Abenteuerer.

In der Armee herrscht offener Zwist zwischen den antihabsburgischen und den königstreuen Truppenteilen. Das einzige, was diese heuchlerische und verbrecherische Gesellschaft noch zusammenhält, ist die Angst vor dem Wiedererstarken des ungarischen Proletariats. Die Kaiserfeier, die in Budapest im vorigen Jahre von den weißen Terroristen völlig unterdrückt wurde, wird diesmal laut Beschluß der Sozialdemokratischen Partei in allgewohnter Weise stattfinden. Die Militärbehörden treffen daraufhin flieberhaft Vorbereitungen, die nur ihre Angst vor der Arbeiterschaft beweisen. Alle Urlaube wurden zurückgezogen, die Garnison von Budapest in Alarmbereitschaft versetzt, mehrere Offiziersdetachements aus der Provinz in aller Eile nach der Hauptstadt beordert. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die weißen Terroristen die Kaiserfeier zum Vorwand für ein neues Blutbad unter der Arbeiterschaft benützen wollen.

Die Verhandlungen im englischen Bergarbeiterstreik

U. London, 27. April.

Kentler meldet: Die Konferenz der Besitzer und Bergarbeiter ist vertagt worden. Man einigte sich, daß der Vorsitzende Sir Robert Horne heute mit den Besitzern und Bergarbeitern besonders verhandeln wird, und zwar soll die Möglichkeit, daß die Regierung zu den Bergarbeitereinsparungen beiträgt, besprochen werden. Die Bergarbeiter haben einen Bericht herausgegeben, wonach die neuen Vorschläge der Besitzer den alten gleichkommen und die hauptsächlichsten Prinzipien einer nationalen Gewinnlaffe und eines nationalen Lohnrates verworfen werden.

Eine andere Meldung besagt: Heute findet eine Unterredung der Bergarbeiter mit Regierungsmitgliedern statt, später werden auch die Grubenbesitzer mit dem Schatzkanzler Hornes beraten. Dann sollen gemeinsame Beratungen stattfinden. Heute abend findet eine Generalsammlung der Bergarbeiter statt. Eine Verschärfung hat die Lage durch den Umstand erfahren, daß die Transportarbeiter und Eisenbahngewerkschaft ihren Mitgliedern die Befehle gaben, in keiner Weise an der Verteilung der Kohlenvorräte mitzuwirken. Diese Haltung wurde dann gestern im Unterhause von dem Transportminister Erik Geddes scharf kritisiert, der sagte, daß durch diese Haltung die Nation ausgehungert werde und daß die Regierung dies nicht dulden könne.

Aus der Internationale

Die schottischen Gewerkschaften und Moskau

Wir berichteten bereits von dem Beschluß der schottischen Gewerkschaften, sich der Dritten Internationale anzuschließen. Ueber die Art der Abstimmung auf dem Kongreß, der in Aberdeen stattfand, meldet der Korrespondent des „Daily Herald“: Der Kongreß der schottischen Gewerkschaften, der am vergangenen Freitag in dieser Stadt zusammengetreten war, hat mit 55 gegen 50 Stimmen den Anschluß an die englische Sektion der Dritten Internationale beschlossen. Dieses Abstimmungsergebnis hat allgemein überrascht und wird auf ein Mißverständnis beim Wahlakt zurückgeführt. Jedenfalls erhob die Minderheit sofort Protest, drang damit aber nicht durch. Auffallend ist auch die große Wahlenthaltung, denn bei einer auf demselben Kongreß kurz zuvor vorgenommenen Abstimmung waren insgesamt 148 Stimmen abgegeben worden. Es hatten also nicht weniger wie 38 delegierte Wahlenthaltung geübt.

Was ist Api?

In den Räumen des früheren Kriegspressenamts in Berlin ist eine neue politische Nachrichtenstelle errichtet worden, die sich „Auenpolitische Informationsbureau“ nennt. Der Geschäftsführer dieser Gesellschaft ist der bisherige Leiter der Reichszentrale für Heimatdienst, Dr. Graben. Es wird behauptet, daß die Stelle ihre Mittel aus Fonds des Auswärtigen Amtes bezieht. Die Deffektivität hat ein Interesse daran, genaue Nachrichten von amtlicher Seite über diese neue Stelle zur Pressebeeinflussung zu erhalten, da die Gefahr besteht, daß hier auf andern Wegen der Versuch gemacht wird, die Kriegspressepolitik fortzuführen.

Das Schauspielers-Parlament

Vertretertag in Frankfurt a. M.

Das Parlament der deutschen Schauspielers, über das wir bereits berichteten, tagte vom 20. bis 22. April. Es ist auf dem Kongreß der Bühnenkünstler viel, sehr viel geredet, leidenschaftlich gestritten worden. Für die organisierte Arbeiterschaft ist von dem Ergebnis der Tagung am Bedeutendsten das Besondere die zur freigewerkschaftlichen Organisation und zur gewerkschaftlichen Disziplin. Trotz langer Nachsitzen, bis morgens nach 3 Uhr, konnte die vorgesehene Tagesordnung nicht aufgearbeitet werden. Ein sehr wichtiger Punkt, Beratung der Satzungen, wozu Vorschläge einer Kommission vorlagen, konnte nicht mehr behandelt werden.

Der Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht des Präsidiums der Genossenschaft, von dem wir bereits das wichtigste mitteilten, gab Anlaß zu langen Auseinandersetzungen. Zuerst wurde über die Berichte in geschlossenen Sitzungen debattiert. Die öffentliche Besprechung wurde dadurch kaum abgeklärt, sie nahm noch den größten Teil der ganzen Verhandlungszeit in Anspruch. Allerdings wurden bei diesem Punkt alle möglichen Fragen behandelt, und zwar oft mit einer Leidenschaft, die nur mit dem Temperament der Künstler zu erklären ist.

Eine erhebliche Opposition der Delegierten übte scharfe Kritik an dem Verhalten und mancherlei Maßnahmen des Präsidiums und besonders des Vorsitzenden der Genossenschaft, Riedel (Berlin): Die Genossenschaft, so wurde verlangt, müsse viel schärfer gegen das Unternehmertum vorgehen, der freigewerkschaftliche Geist mehr zum Ausdruck kommen. Von anderer Seite, von den sogenannten Prominenten, wird dagegen der Leitung der Vorwurf gemacht, daß sie zu sehr den gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen Standpunkt vertritt und dadurch die Kunst (!) vernachlässigt. Präsident Riedel und der stellvertretende Vorsitzende, Wallauer-Berlin, verteidigten in wiederholten Ausführungen unter Zustimmung der großen Mehrheit der Delegierten ihre Geschäftsführung. Sie traten rückhaltlos für die gewerkschaftlichen Gedanken ein. Aufgabe der Genossenschaft sei aber auch, die Förderung und Pflege der Kunst als Stütze deutscher Kultur.

Die Frage der Prominenten Künstler, die sich in Berlin innerhalb der Genossenschaft zu einer besonderen Vereinigung zusammengesetzt haben, wurde sehr eingehend erörtert. Diese Prominenten sind der Ansicht, daß ihre künstlerischen Interessen in der Genossenschaft nicht genügend gewahrt werden. Gegen sie wurden heftige Angriffe erhoben. Sie würden den größten Teil ihrer künstlerischen Kraft zum „Filmen“ verwenden, dadurch sei das Probeniveau gesunken, was kunstschädigend wirkt. Die Prominenten seien es auch, die die genossenschaftliche Solidarität immer wieder durchbrechen würden. Die Berliner Prominenten wurden aufgefordert, ihre Stellungnahme auf der Vertreterversammlung darzulegen. Das wurde von diesen telegraphisch abgelehnt und mit den Angriffen auf sie begründet. Rameau

(Berlin) versuchte trotzdem die Beweggründe der Prominenten darzulegen. Je weiter der rein gewerkschaftliche Gedanke sich in der Genossenschaft entwickelt habe, um so stärker seien in diesen Genossenschaftlern die inneren Widerstände dagegen geworden. Man befürchte eine Hinterrückstellung der „künstlerischen“ Interessen gegenüber den gewerkschaftlichen. Redner schlug vor, man solle nochmals versuchen, mit den Prominenten zu verhandeln, um zu einer Vereinigung zu kommen. Gegen deren Ansicht traten zahlreiche Redner auf, darunter auch hervorragende Künstler, wie Gläser vom Frankfurter Opernhaus, Ebert vom Frankfurter Schauspielhaus und der Gründer der Genossenschaft Ludwig Barnau. Auch der Vertreter der „A. P. I.“ (Berlin), betonte die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Disziplin und Solidarität. Von Interesse ist, daß Paul Wegener ein Gastspiel in Köln durch die Solidarität der dortigen Schauspieler erst abhalten konnte, nachdem er seinen Beitritt zur Bühnengenossenschaft erklärt hatte. Seinem Beispiel seien dann auch Max Reinhardt und der Komponist Johann Strauß gefolgt. Der Kongreß betonte, daß alle Kreise der deutschen Theaterwelt die Bühnengenossenschaft als Machtfaktor betrachten müßten. Mit 117 gegen 80 Stimmen lehnte der Kongreß es ab, neue Verhandlungen mit den Prominenten zu führen. In einem angenommenen Antrag wurde zum Ausdruck gebracht, daß die alleinige berufene Vertretung aller künstlerischen wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen der Bühnengehörigen allein die Bühnengenossenschaft bleiben muß und alle besonderen Interessenvertretungen nur durch jugendmäßig gewählte Funktionäre möglich sind.

Dem Präsidium der Genossenschaft und damit auch Riedel wurde mit 162 gegen 61 Stimmen ein Vertrauensvotum erteilt.

Zur Frage der gefährdeten Theater im besetzten Gebiet wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die gegen die einseitige Besetzung des partikularistischen Nachweises für die gefährdeten Theater durch Herrn Dr. Seelig als Vertreter des Kultusministeriums protestiert und fordert, daß die Vertreter im Einverständnis mit der Genossenschaft ernannt werden.

Sehr eingehend behandelte der Kongreß auch die Anführerfrage. Nach langer Debatte wurde ein Antrag des Verwaltungsrats angenommen, nach dem an keinem deutschen Theater mehr als 10 Prozent Anfänger tätig sein dürfen. Schüler und Volontäre dürfen ohne ausdrückliche Genehmigung des Präsidiums der Genossenschaft an den Bühnen nicht angenommen werden.

Zu der Neuregelung der Beitragsfrage lag ein Antrag des Verwaltungsrats vor, die Beiträge von 10 M. bei einem Monatseinkommen von 600 M. bis zu 100 M. monatlich bei einem Monatseinkommen von über 4000 M. zu stellen. Die Staffelung wurde bei einem Monatseinkommen von 600 M. auf 10 M., steigend bis 140 M. monatlich bei einer Monatsgage von über 8000 M. betragen, das entspricht einer ungefähren Proz. Abgabe des Einkommens. Außerdem ist jedes Mitglied verpflichtet, zugunsten der Organisation 1 Prozent von allen Gastspielhonoraren abzuführen. Engagementsgastspiele bleiben davon unberührt. Von jeder Erhöhung des Einkommens, die durch eine Lohnerhöhung erreicht worden ist, hat jeder Genossenschaftler eine einmalige

10prozentige Abgabe an den Solidaritätsfonds zu leisten. Die Engagementslosen haben einen Mindestbeitrag von 5 M. zu zahlen.

Bei Besprechung der Frage der Kommunalisierung der Theater wurde betont, daß es durch intensive Arbeit der Genossenschaft gelingen ist, weit über 100 Theater zu verstaatlichen.

Bei der Ergänzungswahl zum Verwaltungsrat wurden Dr. Bausch-Hamburg und Derfin-München gewählt, die Kandidaten der Opposition blieben in der Minderheit. Mit einem Schlusswort von Wallauer-Berlin wurde der Kongreß geschlossen.

Der Vertreterversammlung der Bühnengenossenschaft sind besonders in Berlin so leidenschaftliche Kämpfe vorausgegangen, daß man wieder einmal mit einer „Sprengung“ der Genossenschaft rechnete. Es ist in Frankfurt nicht dazu gekommen. Die mittlere Linie, die vom Präsidenten Riedel geführt wird, hat gesiegt, aber sie konnte es nur dadurch, daß sie notwendig gewordenen Konzeptionen an den energisch vorwärtsdrängenden linken Flügel (Dr. Czempin) gemacht hat. Die Bühnengenossenschaft hat in einer von 17 gegen 80 Stimmen angenommenen Entscheidung neue Verhandlungen mit den Prominenten abgelehnt. Wollen nun die Schwerverdiener eine Organisation für sich bilden, so laufen sie Gefahr, von den gesamten deutschen Bühnen ausgeschlossen zu werden. So weit wird es wohl nicht kommen, aber es ist gut, daß ihnen endlich ein energischer Wille gegenübersteht.

Während die furchtbare Not der Zeit die proletarisierten Bühnengehörigen zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß führt, weichen sich die prominenten Schwerverdiener mit der ganzen Kraft ihrer berühmten Namen und mit Hilfe der kapitalistischen Presse gegen die eiserne gewerkschaftliche Zusammenschließung. Sehr spähig ist es, wie die Schwerverdiener und ihre journalistischen Helfer die Streikfrage auf das ideologische Gebiet abziehen und so tun, als ob der Kampf zwischen den proletarisierten und den Bourgeois-Genossenschaftlern, der Kampf zwischen talentlos und talentiert, zwischen Bühnengewerbe und Bühnenkunst sei. In Wahrheit trägt niemand am Verfall des Theater in solchem Maße Schuld wie die Prominenten. Die in ihrem Verein zusammengeschlossenen Bühnenkünstler — das sind ziemlich lächerlos jene, die durch Filmen, Probenschwänzen, Starmanieren und Rollenjägererei das Theater in den Abgrund geführt haben. Ist es nicht zum Lachen, daß gerade diese Bühnengehörigen jetzt als Retter der Kunst vor der Bergewerkschaftlichung auftreten dürfen, sie, die in schmierigen Süden Trumpelei gefehert, das Theater verpöbeln, die Berliner Ensembles sprengen und jede neue Ensemblebildung unmöglich gemacht haben? Nicht die Radikalen haben die Prominenten hervorgebracht, sondern die Prominenten die Radikalen, wie immer aus dem Schoße der kap-

